

Mit uns aus der Krise

Zehn gute Gründe am 6. März CDU zu wählen

Generalsekretär Heiner Geißler hat in einem Brief unter dem Datum des 15. November 1982 an alle Funktions- und Mandatsträger der CDU den vorgezogenen Termin für die Bundestagswahlen am 6. März begründet. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde, die Regierung Helmut Kohl ist nun sechs Wochen im Amt. In dieser kurzen Zeit hat sie sowohl in der Außen- wie in der Innenpolitik deutliche Akzente gesetzt. Die Zeit der Führungslosigkeit ist zu Ende. In den nächsten Jahren liegen noch schwere Aufgaben vor uns. Aber der Anfang ist gemacht. Wir sind auf dem richtigen Weg. Am 6. März 1983 geht es darum, daß Helmut Kohl und seine Regierung ihre Arbeit fortsetzen können und unser Land nicht einem rot-grünen Pakt ausgeliefert wird.

Ab heute kommt es darauf an, jeden Tag unseren Mitbürgern, den Nachbarn und Freunden, den Kollegen im Büro und im Betrieb zu sagen, warum sie Helmut Kohl und die Union wählen sollen. Es gibt zehn gute Gründe dafür:

1. Nur die CDU/CSU ist in der Lage, uns aus der schweren, von der SPD verschuldeten Wirtschaftskrise mit Massenarbeitslosigkeit, Staatsverschuldung und Pleiten wieder herauszuführen.

Als im Jahre 1969 Willy Brandt die Regierung übernahm, waren die Arbeitsplätze sicher, die Staatsfinanzen geordnet, die sozialen Kassen gefüllt und die soziale Sicherheit gewährleistet. 1969 konnte ein Arbeitsloser zwischen vier offenen Stellen wählen, Konkurse waren selten (unter 2 500 im Jahr), Neuverschuldung gab es nicht.

Heute, nach 13 Jahren SPD-Herrschaft, haben wir Massenarbeitslosigkeit, Pleitenwellen und eine gigantische Staatsverschuldung. Anfang November 1982 sind 2 Millionen Menschen arbeitslos, die Staatsverschuldung des Bundes ist auf über 300 Milliarden Mark angewachsen (1969: 45,2 Milliarden Mark), das Defizit der SPD-Regierung im Bundeshaushalt 1983 betrug 55 Milliarden Mark (1969: kein Defizit).

1970 zahlte der Bund an Zinsen so viel wie für die Entwicklungshilfe: 2,3 Milliarden Mark.

1980 hatte der Bund an Zinsen so viel zu leisten, wie die Ausgaben für Entwicklungshilfe, Wohnungsbau, Bildung und Wissenschaft zusammen betragen: 14 Milliarden Mark. 1983 muß der Bund an Zinsen so viel zahlen wie für Entwicklungshilfe, Wohnungsbau, Bildung, Wissenschaft, Forschung und Entwicklung sowie Wirtschaft zusammen: 28 Milliarden Mark.

Am Ende der Regierung Schmidt gab es im September 1982 die größte Pleitenwelle in einem Monat seit der Währungsreform 1948. Insgesamt hat die SPD-Politik in den letzten Jahren rund 500 000 Arbeitsplätze vernichtet und eine Investitionslücke von 170 Milliarden Mark verursacht.

Fazit: Die SPD versteht nichts von der Wirtschaft und kann nicht mit Geld umgehen. Nach 13 Jahren SPD-Politik ist dies inzwischen zu einer Volksweisheit geworden. In der Manier von Falschspielern versucht die SPD davon abzulenken, daß sie für Staatsverschuldung, Massenarbeitslosigkeit und Pleitenwelle verantwortlich ist.

2. Helmut Schmidt ist an der inneren Zerrissenheit der SPD gescheitert. Die SPD ist nach wie vor in den wichtigen Schicksalsfragen unseres Landes uneinig.

Dies ist kein unberechtigter Vorwurf der CDU, dies ist die späte Erkenntnis Helmut Schmidts. Der frühere Bundeskanzler hat in seiner Rede vor der SPD-Bundestagsfraktion am 26. Oktober 1982, in der er den Verzicht auf eine erneute Kanzlerkandidatur begründet hat, die Dinge beim Namen genannt. Er ist Zeuge der Anklage gegen seine eigene Partei.

Schmidt sprach von der „deutlichen Sorge um den zukünftigen politischen Kurs“ der SPD, und er zählte die Kontroversen innerhalb der SPD auf,

„zum Beispiel:

- die wirtschafts- und finanzpolitischen Kontroversen;

- die sozialpolitischen Kontroversen;
- der Streit um die Nuklearenergie;
- der Streit um die Möglichkeit einer radikaleren Umweltschutzpolitik;
- der Streit über den Doppelbeschuß des Bündnisses und
- der Streit über die Einheit von Verteidigungs- und Abrüstungsstrategie.“

Diese Aufzählung muß man sich genau ansehen. Gibt es eigentlich noch irgendein wichtiges politisches Feld, in dem nach Aussagen von Schmidt kein Streit in der SPD besteht?

Die FDP hat aus dieser unhaltbaren Lage in der alten Koalition die notwendigen Konsequenzen gezogen. Es ist das historische Verdienst von Hans-Dietrich Genscher, die FDP aus der ideologischen Gefangenschaft der SPD befreit zu haben.

3. Die SPD will mit den Grünen paktieren und läßt damit Arbeiter und Arbeitslose im Stich.

Am 6. März geht es darum, ob die Politik der Mitte fortgesetzt wird oder ob die SPD auf rot-grünen Kurs geht und so noch mehr Krisen und Unsicherheit bringt. Die SPD hat uns in die Krise geführt, ausgerechnet mit einem rot-grünen Bündnis will sie uns jetzt aus der Krise führen:

In Wahrheit würden die Rot-Grünen aus der Talfahrt unserer Wirtschaft einen Absturz machen. Sie lassen keinen Zweifel an ihren wirtschaftspolitischen Absichten: In ihrem Bundesprogramm von 1980 stellen die Grünen lapidar fest: „Wir sind grundsätzlich gegen jegliches quantitatives Wachstum.“ Und der Hagener Bundeskongreß der Grünen erklärte in diesen Tagen: „Es gibt in der Bundesrepublik nicht zu wenig industrielle Produktion, sondern zu viel.“

Das heißt doch nichts anderes: Wer mit diesen Leuten gemeinsame Sache macht, opfert die Interessen der Arbeitnehmer einem Pakt mit Aussteigern und Maschinenstürmern.

Helmut Schmidt hat dies klar erkannt und für sich selbst die notwendige Konsequenz gezogen. Er hat resigniert, weil er nicht mit den Grünen koalieren will. Vogel hat sich nun zum Vollstrecker eines rot-grünen Paktes machen lassen. Nach dem Willen Brandts soll er auf Bundesebene vorantreiben, was in Hamburg und Hessen bereits vorbereitet wird.

- Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus in Ballungsgebieten, Fördervolumen von 1 Milliarde Mark für die Jahre 1983 und 1984.
- Förderung von Eigentumsmaßnahmen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus in einem Umfang von 1 Milliarde Mark.
- Bausparer können zusätzlich mehr als 200 DM pro Monat an Zinsen sparen (Einführung einer Zinsverbilligung für Bausparer, die wegen der teuren Kredite bisher nicht gebaut haben).

Auf eine Kreditsumme bis zu 80 000 DM und 15 000 DM je Kind brauchen sie künftig einen um 2,5 Prozent niedrigeren Zinssatz zu zahlen als bisher. Den Bauherren wird damit je nach Familienstand eine Zinslast von mehr als 200 DM pro Monat abgenommen. Es wird damit gerechnet, daß ca. 50 000 Bausparer hiervon Gebrauch machen werden. Beispiel: Einer Familie mit zwei Kindern, die das begünstigungsfähige Kreditvolumen voll ausschöpft, bringt diese Regelung eine Entlastung um 2 750 DM pro Jahr.

- Erhöhung der Mittel für die Stadtanierung um 60 Millionen DM auf 280 Millionen DM.

Durch diese Maßnahmen werden in den nächsten beiden Jahren zwischen 70 000 und 100 000 neue Wohnungen gebaut werden. Damit werden 140 000 bis 200 000 Arbeitsplätze in der Bauindustrie gesichert. Das wäre ohne dieses Programm nicht möglich gewesen. Außerdem rettet dieses Programm weitere Unternehmen in der Bauindustrie vor dem Zusammenbruch und sichert darüber hinaus Arbeitsplätze, z. B. in der Möbel-, Textil- und Haushaltsindustrie.

5.3. Die neue Regierung macht den Weg frei für die Anwendung moderner Technologien und die Entwicklung neuer Technologien.

Der geplante Ausbau der Kabelnetze, die Einführung neuer Dienste sowie die Einbeziehung der Satellitentechnik in ein modernes Kommunikationsnetz werden für zusätzliche Investitionen sorgen. Doch diese Maßnahme hat nicht nur einen wirtschaftspolitischen Aspekt.

Die Verkabelung verbreitert zusätzlich das Angebot an Informationen für die Bürger. So ist zu erwarten, daß in Zukunft die Bürger unter mehr Fernsehprogrammen als bisher auswählen können.

Durch die neuen Kommunikationstechniken werden die Wirtschaft belebt, die Wettbewerbsfähigkeit gesichert, die Arbeitslosigkeit gebremst und neue Zukunftsberufe geschaffen.

5.4 Die neue Regierung stärkt den Mittelstand.

Die neue Regierung ermutigt und unterstützt die Neugründungen kleinerer und mittlerer Betriebe. Außerdem hat die Regierung der Mitte eine Senkung der Gewerbesteuer beschlossen sowie steuerliche Erleichterungen bei der Übernahme von Betrieben und Unternehmen, die sonst von einer Stillegung bedroht wären.

Die Einnahmen aus der Erhöhung der Mehrwertsteuer werden ab 1. Januar 1984 neben einer breiten Vermögensbildung vor allem für eine weitere steuerliche Entlastung des Mittelstandes verwandt. Insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen sowie die freien Berufe sind mit ihrer Kreativität, ihrem unternehmerischen Wagemut und ihrer Anpassungsfähigkeit unverzichtbare Träger des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts.

6. Die neue Regierung hat die notwendigen Belastungen gerecht und ausgewogen verteilt.

6.1. Die von Norbert Blüm vorgeschlagene Atempause in der Sozialpolitik soll dazu beitragen, den Sozialstaat in seiner Substanz zu retten. Gerade in Zeiten knapper Kassen muß sich soziale Gerechtigkeit bewähren. Die Verschiebung der Rentenanpassung und die Begrenzung der Besoldungserhöhung der Beamten sollen die Fundamente des Sozialstaates sichern. Wir hoffen, daß auch andere diesem Beispiel folgen. Wer aus der gemeinsamen Solidarität aussteigt, handelt unsozial.

6.2. Wir haben von den höheren Einkommen eine obligatorische Investitionshilfe gefordert, die wir, wie ich oben schon erwähnt habe, für den Wohnungsbau verwenden werden.

Das Sparprogramm der Regierung der Mitte ist das erste Programm einer Bundesregierung, das alle Bevölkerungskreise beim Sparen mit heranzieht.

Die Besserverdienenden (Ledige mit mehr als 50 000 DM, Verheiratete mit mehr als 100 000 DM steuerpflichtigem Einkommen) müssen mit einer Investitionsanleihe zur Belebung der Wirtschaft beitragen.

Selbst, wenn diese Anleihe später zurückgezahlt wird, bedeutet dies für einen Ledigen mit einem Einkommen von 120 000 DM eine monatliche Belastung von 206 DM. Hinzu kommt ein Zinsverlust von rund 1 500 Mark in der gesamten Laufzeit, wenn man einen Zins von nur 7 Prozent zugrunde legt.

Zu einer solchen Maßnahme des sozialen Ausgleichs war die SPD nicht in der Lage.

6.3. Wir haben auch beim Kindergeld Einkommensgrenzen eingeführt, weil wir der Meinung sind, daß Bürgern mit höherem Einkommen eher ein Verzicht zuzumuten ist als Bürgern mit niedrigeren Einkommen.

Mit unserem Verständnis von Sozialpolitik verträgt es sich nicht, soziale Leistungen mit der Gießkanne zu verteilen und mit der Heckenschere zu kürzen und so Arme und Reiche gleichermaßen zu treffen.

Deshalb haben wir nicht — wie die SPD — das Kindergeld pauschal gekürzt, sondern auch hier die Kürzungen an Einkommensgrenzen gebunden. So werden die vorgesehenen Kindergeldkürzungen für das zweite und jedes weitere Kind nur Eltern mit sehr hohem Einkommen treffen. Dies entspricht der sozialen Gerechtigkeit.

Ein verheirateter Arbeitnehmer mit zwei Kindern wird nur dann mit weniger Kindergeld rechnen müssen, wenn sein Brutto-Jahreseinkommen mehr als ca. 62 000 Mark beträgt; mit drei Kindern, wenn sein Brutto-Jahreseinkommen mehr als ca. 73 000 Mark beträgt, und mit vier Kindern bei mehr als ca. 84 000 Mark.

Das bedeutet, die meisten Arbeitnehmer sind von der Kindergeldkürzung gar nicht betroffen: kein Arbeiter, kein Facharbeiter, kein mittlerer Angestellter im öffentlichen Dienst. Beispielsweise verdiente ein Arbeiter in der Industrie im Jahr 1981 durchschnittlich 33 454 Mark brutto, ein Angestellter durchschnittlich 42 707 Mark.

Gleichzeitig mit Einführung der Einkommensgrenzen haben wir gleitende Übergangsregelungen für diejenigen vorgesehen, die die Einkommensgrenze gerade erreichen oder nur geringfügig überschreiten. Für sie tritt die Kindergeldminderung nicht in vollem Umfang ein.

Wer z. B. ein Einkommen genau in Höhe der Einkommensgrenze hat, braucht nur mit einer Kindergeldminderung um 20 Mark monatlich zu rechnen. Liegt sein Einkommen bis zu 480 Mark netto jährlich über der Einkommensgrenze, so verringert sich das Kindergeld höchstens um 40 Mark, bei einer Überschreitung bis zu 960 Mark beträgt die Kindergeldminderung höchstens 60 Mark.

Wir sind aus Gründen sozialer Gerechtigkeit einen anderen Weg als die SPD gegangen, die das Kindergeld pauschal gekürzt hat. Diese pauschale Kürzung

— das sind bei einer 3-Kinder-Familie jährlich 480 Mark — traf alle gleichermaßen, die Witwe mit einer kleinen Rente und den Arbeiter mit niedrigem Einkommen ebenso wie den gut verdienenden Generaldirektor. Mit dieser unsozialen Politik der SPD haben wir jetzt Schluß gemacht.

6.4. Wir verwirklichen das Leistungsprinzip und die Beitragsgerechtigkeit.

Das Arbeitslosengeld wird nicht gekürzt. Aber wer in seinem Leben länger gearbeitet und mehr Beiträge gezahlt hat, der soll auch länger Arbeitslosengeld bekommen als einer, der kürzer gearbeitet und weniger Beiträge gezahlt hat.

7. Die Regierung Helmut Kohl sichert die Rentenerhöhung.

Die Rentner erhalten 1983 die versprochene Erhöhung der Renten um 5,6 Prozent. Darauf kann sich jeder Rentner verlassen: seine Rente wird nicht gekürzt, im Gegenteil: am 1. Juli 1983 erhält er mehr Rente. Um die Renten dauerhaft zu sichern, mußten wir allerdings die fällige Rentenanpassung um ein halbes Jahr hinausschieben. Dies ist immer noch besser, als wenn eines Tages ein bankroter SPD-Staat die Renten nicht mehr bezahlen können.

8. Wir stärken die Familie.

8.1. Um die Familie stärker zu entlasten und materiell zu fördern, muß der Familienlastenausgleich verbessert werden. Deshalb werden wir das Steuerrecht familienfreundlicher gestalten.

Bei der Einkommensteuer wird wieder ein Kinderfreibetrag in Höhe von 432 DM je Kind eingeführt. Er wird in ein Familiensplitting einmünden, das wir ab 1. Januar 1984 einführen werden. Wer Kinder hat, zahlt in Zukunft weniger Steuern als derjenige, der keine Kinder hat. Diese Steuervorteile werden auch Alleinstehenden mit Kindern zugute kommen. Steuergerechtigkeit darf nicht vor Familien mit Kindern haltmachen.

8.2. Wir wollen die Gleichberechtigung der Frau voranbringen,

- indem wir die Tätigkeit der Hausfrau und Mutter anerkennen und aufwerten. Deshalb wird die Bundesregierung die eigenständige soziale Sicherung der Frau verbessern und so bald wie möglich Erziehungsjahre in der Rentenversicherung einführen;
- indem wir durch Teilzeitarbeitsplätze, Arbeitsplatzteilung (Job-sharing), flexiblere Arbeitszeiten für Frauen und Männer die Möglichkeiten verbessern, Beruf und Familie miteinander zu verbinden.

9. Die neue Bundesregierung sichert eine gerechte Ausbildungsförderung.

Zum Erbe von dreizehn Jahren SPD-Regierung gehört auch, daß die Ausbildungsförderung für Studenten und Schüler nicht in dem alten Umfang aufrechterhalten werden kann. Die Ausbildungsförderung muß auf eine solide Basis gestellt werden und denjenigen zugute kommen, die darauf angewiesen sind.

Jeder, der BAFÖG wirklich braucht, wird es auch in Zukunft bekommen.

- Der Schüler, der aufgrund seiner Ausbildung nicht zu Hause wohnen kann, wird weiterhin voll gefördert. Das gilt auch für den Schüler des zweiten Bildungsweges.
- Wir verhindern Härtefälle. Jeder Schüler, der bereits gefördert wird — und dessen Familie sich auf diese Leistungen eingestellt hat — wird bis zum Abschluß weiter gefördert. Auch künftig wird es keine Härten geben. Die Bundesregierung wird mit den Ländern über die Einführung einer Ausbildungsförderung für Schüler von Eltern mit geringem Einkommen verhandeln.
- Der Student wird künftig mit einem Darlehen bis zu 720 DM im Monat gefördert. Ab dem sechsten Jahr nach dem Studium wird dieses Darlehen dann — einkommensabhängig — innerhalb von 20 Jahren zurückgezahlt. Auch hier verwirklichen wir soziale Gerechtigkeit: Wenn jemand arbeitslos ist oder wenig verdient, zahlt er nichts zurück*).

Teile des Darlehens werden erlassen für Studenten,

- die vorzeitig ihr Examen machen
- die besonders gute Noten erreichen
- die vorzeitig ihr Darlehen zurückzahlen.

Wer dagegen statt der Höchstförderung nur ein monatliches Darlehen von 500 Mark in Anspruch nimmt, hat bei einer monatlichen Belastung von 158 Mark bereits nach fünf Jahren alles zurückgezahlt.

***) Ein praktisches Beispiel:**

Darlehensschuld bei Vollförderung	40 000 DM
Abzug bei gutem Examen	— 10 000 DM
Abzug bei vorzeitigem Abschluß	— 5 000 DM
Abzug bei vorzeitiger Rückzahlung	— 11 600 DM
Verbleibende Darlehensschuld	13 400 DM

Es wird keinen Kahlschlag geben. Wir werden die Studentenförderung gerechter gestalten. Bisher haben Arbeitnehmer mit ihren Steuern für den angehenden Akademiker den Studienplatz kostenlos finanziert. Das halten wir für ungerecht.

Wer als Akademiker viel Geld verdient, weil er eine teure Ausbildung hatte, soll auch einen eigenen Beitrag für seine Ausbildung leisten. Eine Akademikerausbildung zum Nulltarif kann nicht verantwortet werden.

Wie sagte doch Helmut Schmidt am 26. Februar 1982:

„Es wäre nicht verkehrt, über die darlehensweise Vergabe von BAFÖG an Studenten ernsthaft nachzudenken.“

Die CDU setzt das durch, wozu der SPD der Mut fehlte.

10. Der Erfolg der Regierung Kohl ist Voraussetzung für einen Abrüstungserfolg in Genf.

Die Abrüstungsverhandlungen in Genf treten jetzt in eine entscheidende Phase. Bis Herbst 1983 muß sich zeigen, ob die Sowjetunion bereit ist, ihre Mittelstreckenraketen zu verschrotten: dann wird es eine westliche Nachrüstung nicht geben.

Wenn nicht am 6. März gewählt wird, wird die Sowjetunion alles versuchen, durch eine offensive Propaganda in der Bundesrepublik Deutschland eine Mehrheit von demokratischen Sozialisten über Alternative bis hin zur DKP gegen den Doppelbeschuß der NATO mobil zu machen. Solange die Sowjetunion eine solche Hoffnung haben kann, wird sie positiven Abrüstungsverhandlungen in Genf nicht zustimmen.

Eine stabile, von der Union geführte Regierung nach dem 6. März zerstört solche Spekulationen der Sowjetunion und ist infolgedessen eine wichtige Voraussetzung dafür, daß es in Genf zu Ergebnissen kommt.

Die CDU will Frieden schaffen mit weniger Waffen und will dafür Sorge tragen, daß der NATO-Doppelbeschuß verwirklicht wird. Dann besteht die echte Chance, daß es in Europa am Ende dieser Verhandlungen nicht mehr, sondern weniger Raketen gibt.

